

Interview mit dem russischen Außenminister Sergej W. Lawrow in der Sendung „Das Große Spiel“

Moskau, 8.9.2026

englische Version auf Youtube: [Part one](#), [Part two](#)

Inhalt

A. Prägnante Übersicht des Lawrow-Interviews (ChatGPT.com)

B. Lawrows konkrete Forderungen für ein Ende des Ukrainekriegs (ChatGPT.com)

C. Deutsche Übersetzung des gesamten Interviews (ChatGPT.com)

A. Prägnante Übersicht des Lawrow-Interviews (ChatGPT.com)

Das Interview ist weniger eine nüchterne Bestandsaufnahme als eine **ausführliche Darstellung der russischen Regierungsposition**. Für die Zusammenfassung ist deshalb wichtig, Lawrows Aussagen als seine bzw. die russische Sicht wiederzugeben und nicht als verifizierte Tatsachen zu behandeln. Das gilt besonders für seine stark wertenden Aussagen über die Ukraine und Europa.

1. Ukrainekrieg: Bedingungen für eine politische Lösung

Lawrow stellt die Ukrainefrage als Kern des Interviews dar. Russland sei grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, lehne aber eine Lösung ab, die lediglich die Kampfhandlungen einfriere und der Ukraine Zeit zur militärischen Erholung verschaffe. Eine Rückkehr zu den ukrainischen Grenzen von 1991 weist er zurück. Ebenso lehnt er Sicherheitsgarantien ab, die einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine faktisch gleichkämen, etwa Artikel-5-ähnliche Garantien oder westliche Truppen auf ukrainischem Gebiet.

Bemerkenswert ist dabei, dass Lawrow **Verhandlungen und fortgesetzte Kriegführung nicht als Gegensatz betrachtet**. Russland könne diplomatisch verhandeln und gleichzeitig seine militärischen Operationen fortsetzen. Er begründet dies unter anderem mit der russischen Darstellung der Verhandlungen von 2022, bei denen Russland getäuscht worden sei.

2. USA unter Trump: deutlich positiver als Europa

Ein zentrales Motiv ist Lawrows auffallend unterschiedliche Bewertung der USA und Europas. Die amerikanischen Unterhändler Steve Witkoff und Jared Kushner beschreibt er als vergleichsweise pragmatisch. Ihre Forderungen seien aus russischer Sicht weder „ungerecht“ noch „unmöglich“. Europa stelle dagegen nach seiner Darstellung gerade solche Forderungen.

Lawrow behauptet zudem, Putin habe einen ursprünglich von den USA vorgelegten Vorschlag mit Grundsätzen für eine Ukraine-Regelung akzeptiert. Nach seiner Darstellung hätten europäische Regierungen anschließend versucht, diese amerikanisch-russische Annäherung zu verhindern.

Damit zeichnet sich eine der wichtigsten politischen Botschaften des gesamten Interviews ab:

Moskau sieht die Trump-Regierung zumindest potentiell als Verhandlungspartner, während es die gegenwärtigen europäischen Regierungen weitgehend als Hindernis für eine Einigung betrachtet.

3. Europa als eigentlicher Gegenspieler

Lawrows Kritik richtet sich besonders scharf gegen Europa. Er wirft europäischen Regierungen vor, eine Waffenruhe primär deshalb anzustreben, um der Ukraine Zeit zur Wiederbewaffnung zu verschaffen. Gleichzeitig unterstellt er ihnen, einen dauerhaft antirussisch ausgerichteten ukrainischen Staat erhalten zu wollen.

Seine Sprache ist dabei ausgesprochen polemisch. Er bezeichnet die ukrainische Staatsführung unter anderem als „neonazistisch“ und „russophob“ und verbindet dies mit Vorwürfen der Unterdrückung russischer Sprache, Kultur und Religion. Diese Begriffe sollte man analytisch als Bestandteil der **russischen politischen Argumentation** lesen, nicht als neutrale Beschreibung der Ukraine.

4. Grundsätzliche russische Vorstellung von der künftigen Ukraine

Aus mehreren Antworten ergibt sich ein relativ klares Bild dessen, was Lawrow als akzeptable Nachkriegsordnung beschreibt. Die verbleibende Ukraine dürfte demnach nicht zu einem militärischen Vorposten der NATO werden. Eine Konstruktion, bei der sie formal außerhalb der NATO bleibt, aber westliche Truppen und NATO-ähnliche Sicherheitsgarantien erhält, lehnt Russland ausdrücklich ab.

Lawrow greift dabei weit in die Geschichte zurück und beschreibt die territoriale Zusammensetzung der Ukraine als Produkt sowjetischer Entscheidungen. Die heutige Ukraine bezeichnet er in diesem Zusammenhang als historisch „recht künstliches Gebilde“.

Dahinter steht ein über den konkreten Kriegsverlauf hinausgehendes Argument: **Für Moskau geht es nach Lawrows Darstellung nicht allein um Territorium, sondern um die dauerhafte geopolitische und militärische Ausrichtung der Ukraine.**

5. Deutschland und europäische Aufrüstung

Deutschland nimmt im Interview einen auffällig prominenten Platz ein. Lawrow kritisiert insbesondere Bundeskanzler Friedrich Merz und dessen Aussagen über Russland als Bedrohung Europas sowie über eine stärkere militärische Rolle Deutschlands.

Die europäische Aufrüstung interpretiert Lawrow außerdem wirtschaftspolitisch. Er argumentiert, der militärisch-industrielle Komplex profitiere von steigenden Verteidigungsausgaben und der fortgesetzten Unterstützung der Ukraine.

Das gehört zu einer umfassenderen Erzählung des Interviews: Lawrow betrachtet die europäische Militarisierung nicht als vorübergehende Reaktion auf den Ukrainekrieg, sondern als längerfristige Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik.

6. Wirtschaftlicher und rechtlicher Konflikt mit dem Westen

Der Konflikt wird von Lawrow nicht nur militärisch beschrieben. Er kritisiert westliche Maßnahmen gegen russisches Vermögen und russische Wirtschaftsinteressen sowie Maßnahmen gegen die sogenannte russische „Schattenflotte“. Er stellt solche Eingriffe als politisierte beziehungsweise rechtswidrige Anwendung westlicher Rechtsordnungen dar.

Damit erweitert er den Konflikt zu einer Auseinandersetzung über internationale Rechts-, Eigentums- und Wirtschaftsordnungen.

7. Russland–USA–China

Am Ende wird nach einem möglichen Treffen Putins, Trumps und Xi Jinpings in China gefragt. Lawrow bestätigt kein geplantes Dreiertreffen, signalisiert aber deutlich russisches Interesse: Sollte sich eine entsprechende Gelegenheit ergeben, gehe er davon aus, dass Putin sie wahrnehmen würde.

Das passt zur übergeordneten geopolitischen Perspektive des Interviews: Lawrow denkt internationale Politik stark in Kategorien großer Machtzentren – insbesondere **Russland, USA und China** – und deutlich weniger in einer europäisch dominierten Ordnung.

8. Dauer des Krieges

Auf die direkte Frage, wie lange die russische „militärische Spezialoperation“ noch dauern werde, gibt Lawrow ausdrücklich **keine Prognose** ab. Er verweist stattdessen auf Putins Aussage, Krieg eigne sich nicht für Vorhersagen, und behauptet, Russland rücke militärisch weiter vor. Die weitere Entwicklung hänge nach seiner Darstellung auch davon ab, welchen politischen Kurs die ukrainische Führung und deren Unterstützer einschlagen.

Die Kernaussage in wenigen Sätzen

Das Interview vermittelt ein ziemlich geschlossenes russisches Narrativ: **Moskau hält eine Verhandlungslösung für möglich, will aber keinen bloßen Waffenstillstand und keine Ukraine, die anschließend faktisch in das westliche Militärsystem integriert wird.** Die Trump-Regierung erscheint Lawrow dabei als möglicher pragmatischer Verhandlungspartner; die europäischen Regierungen dagegen als diejenigen, die eine russisch-amerikanische Verständigung behinderten und die militärische Konfrontation fortsetzen wollten.

Der vielleicht interessanteste Aspekt des Interviews liegt deshalb **nicht in Lawrows scharfer Kritik an der Ukraine – die weitgehend bekannten russischen Positionen entspricht –, sondern in der strategischen Trennung zwischen Washington und Europa:** Lawrow bemüht sich erkennbar, zwischen einem potentiell verhandlungsfähigen Amerika und einem aus seiner Sicht konfrontativen Europa zu unterscheiden. Diese Unterscheidung zieht sich als roter Faden durch große Teile des Interviews.

B. Lawrows konkrete Forderungen für ein Ende des Ukrainekriegs (ChatGPT.com)

Aus dem Interview vom **8. September 2026** lässt sich ein recht geschlossenes russisches Zielbild für ein Kriegsende rekonstruieren. Die Tabelle trennt bewusst zwischen **Lawrows Forderungen bzw. Positionen**, seiner Begründung und den daraus ableitbaren Konsequenzen. Die Formulierungen wie „neonazistisches Regime“ gebe ich nicht als Tatsachenbeschreibung wieder, sondern kennzeichne sie als Lawrows politische Darstellung. Das Interview selbst bestätigt insbesondere seine Ablehnung einer faktischen NATO-Integration der Ukraine.

Russische Forderung / Position	Begründung Lawrows	Mögliche Konsequenz	Strittiger Punkt
1. Keine Rückkehr zu den Grenzen von 1991	Die territorialen Veränderungen seien Ergebnis des Konflikts und des Willens der Bevölkerung in den von Russland beanspruchten Gebieten; eine Rückkehr zu 1991 lehnt er grundsätzlich ab.	Ein Friedensschluss müsste zumindest faktisch einen erheblichen ukrainischen Gebietsverlust hinnehmen.	Internationaler Rechtsstatus der annektierten Gebiete; Legitimität der unter russischer Kontrolle abgehaltenen Referenden; ukrainisches Recht auf territoriale Integrität.

2. Anerkennung der „Realitäten vor Ort“	Lawrow stellt dies als Ausgangspunkt realistischer Verhandlungen dar. Nach seiner Darstellung akzeptiert auch der amerikanische Verhandlungsansatz diese Realität grundsätzlich.	Möglich wäre eine Unterscheidung zwischen de-facto-Kontrolle und formeller de-jure-Anerkennung russischer Souveränität.	Gerade diese Unterscheidung könnte für einen Kompromiss entscheidend sein; aus dem Interview geht nicht eindeutig hervor, welche Form der rechtlichen Anerkennung Moskau zwingend verlangt.
3. Keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine	Die NATO-Integration der Ukraine wird als grundlegende Bedrohung der russischen Sicherheit dargestellt.	Die Ukraine müsste dauerhaft außerhalb der NATO bleiben.	Die Ukraine und NATO-Staaten könnten dies als Einschränkung ukrainischer Souveränität bei der Wahl von Bündnissen betrachten.
4. Auch keine „NATO-Mitgliedschaft durch die Hintertür“	Artikel-5-ähnliche Sicherheitsgarantien würden nach Lawrows Auffassung eine NATO-Mitgliedschaft lediglich ohne formellen Beitritt reproduzieren.	Ein Friedensvertrag könnte keine westliche Beistandsgarantie enthalten, die einer automatischen militärischen Verteidigung der Ukraine gleichkommt.	Wie belastbar wären dann Sicherheitsgarantien für die Ukraine? Wo genau die Grenze zwischen zulässiger Garantie und faktischer NATO-Mitgliedschaft läge,
5. Keine westlichen bzw. internationalen Truppen in der Restukraine	Lawrow erklärt, ausländische Soldaten und militärische Einrichtungen würden von Russland als legitime militärische Ziele angesehen.	Eine europäische „Stabilisierungstruppe“ oder vergleichbare militärische Friedenssicherung wäre nach dieser Position ausgeschlossen.	Offen bleibt, ob Russland beispielsweise einer tatsächlich neutralen UN-Mission zustimmen könnte; das wird im Interview nicht hinreichend geklärt.
6. Dauerhafte militärische Neutralisierung der Ukraine	Die Ukraine dürfe künftig keine militärische Bedrohung für Russland darstellen. Lawrow verbindet dies mit der Vorgeschichte der NATO-Erweiterung und westlicher Militärkooperation mit Kiew.	Über einen NATO-Verzicht hinaus wären vermutlich Beschränkungen bestimmter westlicher Militärstrukturen und möglicherweise bestimmter Waffensysteme erforderlich.	Umfang der verlangten Demilitarisierung bleibt unpräzise. Das Interview liefert dafür keinen detaillierten Vertragsentwurf.
7. Schutz der russischen Sprache, Kultur und Religion	Lawrow behauptet, russischsprachige bzw. russisch orientierte Bevölkerungsgruppen seien in der Ukraine systematisch in ihren Sprach-, Kultur- und Religionsrechten beeinträchtigt worden.	Ein Abkommen könnte Minderheiten-, Sprach-, Bildungs- und Religionsrechte verbindlich festschreiben.	Die tatsächliche Lage dieser Rechte und Lawrows Charakterisierung der ukrainischen Politik sind politisch und rechtlich umstritten. Internationale Kontrollmechanismen wären für eine belastbare Vereinbarung entscheidend.

8. Politische Veränderung innerhalb der Ukraine	Lawrow bezeichnet die gegenwärtige ukrainische Staatsführung in äußerst scharfer Sprache und kritisiert Pläne, die bestehende politische Ordnung nach einem Waffenstillstand unverändert fortbestehen zu lassen.	Russland erwartet offenbar mehr als territoriale und militärische Vereinbarungen; auch die innenpolitische Ordnung der Nachkriegsukraine spielt eine Rolle.	Besonders problematisch ist die Frage, ob Moskau einen Regierungswechsel verlangt oder lediglich Wahlen und Gesetzesänderungen . Das Interview definiert dies nicht
9. Wahlen in der Ukraine	Lawrow verweist ausdrücklich auf Wahlen und stellt die amerikanische Position hierzu positiver als die europäische dar.	Wahlen könnten Bestandteil eines politischen Übergangs bzw. einer Friedensregelung werden.	Zeitpunkt, Voraussetzungen, Wahlrecht in besetzten/annektierten Gebieten und die Bedingungen freier Wahlen während bzw. unmittelbar nach einem Krieg wären
10. Kein Waffenstillstand als bloße Atempause	Lawrow unterstellt Teilen Europas und der Ukraine, eine Waffenruhe vor allem zur Wiederbewaffnung nutzen zu wollen.	Moskau bevorzugt offenbar eine politische Gesamtvereinbarung oder zumindest weitreichende Vorentscheidungen vor bzw. gleichzeitig mit einer dauerhaften Einstellung der Kampfhandlungen.	Die Gegenposition lautet, dass zunächst ein Waffenstillstand nötig sei, um überhaupt über eine umfassende Friedensordnung verhandeln zu können.
11. Verhandlungen können während der Kampfhandlungen stattfinden	Nach Lawrows Darstellung wurde Russland 2022 nach Zugeständnissen getäuscht; deshalb werde es seine militärischen Operationen während neuer Verhandlungen nicht automatisch einstellen.	Verhandlungen könnten stattfinden, während Russland weiter militärischen Druck ausübt.	Für die Ukraine bedeutet dies Verhandlungen unter fortdauerndem militärischem Zwang; Russland wiederum argumentiert, eine vorherige Waffenruhe würde seine Verhandlungsposition schwächen.
12. Eine umfassendere europäische Sicherheitsordnung	Hinter dem Ukraine Konflikt sieht Lawrow ein grundsätzliches Problem der europäischen Sicherheitsarchitektur und die Nichtberücksichtigung russischer Sicherheitsinteressen.	Ein dauerhaftes Abkommen könnte über die Ukraine hinaus Regelungen über NATO-Präsenz, Stationierungen, Raketen oder Rüstungskontrolle erforderlich machen.	Damit würde aus einem russisch-ukrainischen Friedensschluss teilweise eine Russland–USA/ NATO-Sicherheitsvereinbarung . Welche konkreten

Was davon erscheint als unverzichtbar – und was eher verhandelbar?

Wenn man ausschließlich Lawrows Aussagen in diesem Interview systematisiert, lassen sich **drei Ebenen** unterscheiden:

Kernbedingungen: Besonders eindeutig formuliert sind (1) keine Rückkehr zur bisherigen sicherheitspolitischen Ordnung, (2) keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und auch keine NATO-ähnliche Konstruktion durch Artikel-5-Garantien sowie (3) keine westlichen Truppen, die eine solche

Sicherheitsordnung militärisch absichern würden. Lawrow sagt ausdrücklich, eine faktische NATO-Mitgliedschaft ohne formellen Beitritt komme „nicht infrage“.

Politische Kernziele mit noch unklarer Ausgestaltung: Dazu gehören der territoriale Status, die Rechte russischsprachiger Bevölkerungsgruppen und die zukünftige politische Ordnung der Ukraine. Gerade hier ist wichtig, zwischen rhetorisch maximalistischen Aussagen und einer präzisen Verhandlungsforderung zu unterscheiden. Beispielsweise kritisiert Lawrow die Erhaltung der jetzigen ukrainischen Regierung scharf, formuliert im Interview aber keinen detaillierten Mechanismus für einen von Russland verlangten Regierungswechsel.

Möglicher Verhandlungsspielraum: Auffällig ist, was Lawrow **nicht** präzisiert. Er legt beispielsweise nicht fest, welche Art nicht-NATO-gebundener Sicherheitsgarantien Russland akzeptieren könnte, ob eine neutrale internationale Friedensmission denkbar wäre und ob für die Territorialfrage eine de-facto-Regelung ohne ukrainische de-jure-Anerkennung russischer Souveränität ausreichen könnte. Man sollte diese Punkte deshalb nicht als russische Zugeständnisse interpretieren; das Interview lässt sie schlicht offen.

Der entscheidende Punkt hinter den Einzelforderungen

Damit wird Lawrows Vorstellung eines Kriegsendes verständlicher. Er beschreibt im Grunde **keinen einfachen territorialen Deal nach dem Muster „Land gegen Frieden“**. Seine Argumentation zielt auf eine Veränderung der gesamten sicherheitspolitischen Stellung der Ukraine:

Territoriale Realität + militärische Neutralität + Ausschluss westlicher Truppen + innenpolitische Garantien für russische Sprache/Kultur + eine neue Sicherheitsbeziehung zwischen Russland und dem Westen.

Gleichzeitig signalisiert er, dass Moskau die gegenwärtige amerikanische Vermittlung deutlich anders beurteilt als die europäische. Witkoff und Kushner verfolgten nach seiner Darstellung Forderungen, die Russland nicht für „ungerecht“ oder „unmöglich“ halte; Europa dagegen verlange aus seiner Sicht Unmögliches. Das öffentlich verfügbare englische Interview bestätigt ebenfalls, dass Lawrow den amerikanischen Ansatz als Ausschluss einer NATO-Mitgliedschaft und als Berücksichtigung der territorialen „realities on the ground“ darstellt.

Für die Interpretation des Interviews ist deshalb die interessanteste offene Frage: Welche dieser russischen Positionen sind tatsächlich unverzichtbare Bedingungen für einen Vertrag – und welche sind maximale Ausgangspositionen, über die Moskau verhandeln würde? Aus Lawrows Aussagen allein lässt sich diese Grenze nicht zuverlässig bestimmen.

C. Deutsche Übersetzung des gesamten Interviews (ChatGPT.com)

Frage: Herr Minister, ich freue mich, Sie in unserer Sendung „Das Große Spiel“ begrüßen zu dürfen. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Ich möchte Ihnen meinen Kollegen vorstellen, Richter A. Napolitano, einen bekannten amerikanischen Fernsehmoderator und regelmäßigen Teilnehmer der Sendung „Das Große Spiel“.

S. W. Lawrow: Danke für die Einladung. Es ist mir eine große Freude, gemeinsam mit Richter A. Napolitano und Ihnen hier zu sein.

Frage (aus dem Englischen übersetzt): Herr Minister, es ist mir eine große Freude, in diesem Gästehaus Ihr Gast zu sein. Vielen Dank für die Gelegenheit, mit Ihnen zu sprechen.

Vor Kurzem kamen S. Witkoff und J. Kushner, Gesandte von US-Präsident D. Trump, nach Moskau und trafen den russischen Präsidenten W. W. Putin. Was können Sie über das Ergebnis dieses Besuchs sagen?

S. W. Lawrow: Ein großer Teil des Beginns dieser Gespräche wurde im Fernsehen übertragen: die Worte des russischen Präsidenten W. W. Putin und die Erwidern von Herrn S. Witkoff und Herrn J. Kushner. Anschließend gab der an dem Gespräch beteiligte Berater des Präsidenten der Russischen Föderation, J. W. Uschakow, einen ausführlichen Kommentar ab.

In unserer diplomatischen Tradition ist es üblich, sich auf das zu beschränken, was wir der Öffentlichkeit mitzuteilen beschlossen haben. Ich möchte es nicht jenen gleichtun, die nun darüber spekulieren, „was Herr S. Witkoff und Herr J. Kushner nach Moskau mitgebracht und anschließend nach Kiew weitergetragen haben“. Eine Abgeordnete der Werchowyna Rada hat bereits erklärt, das, was sie gebracht hätten, sei viel schlimmer als das, was die Ukraine schon abgelehnt habe.

Es wird spekuliert. Zu den weiteren diplomatischen Schritten sagt die amerikanische Seite nichts. Die Franzosen hingegen haben aus dem Élysée-Palast bereits erklärt, sie seien dabei gewesen, und die Amerikaner hätten gesagt, nach den Wahlen zur Staatsduma der Russischen Föderation würden direkte Gespräche unter Beteiligung der Vereinigten Staaten unbedingt wieder aufgenommen. Ich überlasse all das dem Gewissen des Élysée-Palastes, zumal dieser sich bereits mehrfach durch ein nicht ganz ethisches Verhalten gegenüber dem Inhalt von Telefonaten und anderen Gesprächen „ausgezeichnet“ hat.

Der Kern dessen, was besprochen wurde, beruht – das kann ich Ihnen mit Bestimmtheit sagen – auf der Position, die Präsident D. Trump unmittelbar nach seiner Rückkehr ins Oval Office zur Ukraine dargelegt hat. Erstens sagte er, man solle jeden Versuch vergessen, die Ukraine in das Nordatlantische Bündnis hineinzuziehen. Er erinnerte daran, dass dies schon lange vor dem russischen Präsidenten W. W. Putin klar gewesen sei: Die Frage sei abgeschlossen und dürfe nicht wieder „aufgerührt“ werden.

Das zweite Element der Position der Vereinigten Staaten ist die Anerkennung der Realitäten „vor Ort“. Ich möchte besonders betonen, dass es dabei nicht um Territorien geht.

Manche sagen, Russland habe bereits etwas erobert, deshalb solle man dort stehen bleiben, wo man sei. Es geht nicht um Territorien. Wenn wir von Realitäten sprechen, meinen wir die Menschen, die unmittelbar nach dem Staatsstreich im Februar 2014 als „Unmenschen“, „Geschöpfe“ und Terroristen bezeichnet wurden. Nachdem sie die Ergebnisse des rechtswidrigen Staatsstreichs zurückgewiesen hatten, setzte man gegen sie Armee, Kampfflugzeuge und Artillerie ein – etwas, das das humanitäre Völkerrecht kategorisch verbietet. Man behandelte sie nicht als Menschen.

Der bald darauf zum Präsidenten gewählte Herr P. A. Poroschenko sagte 2014, ihre Kinder, die Kinder der echten Ukrainer, würden saubere Schulen und Kindergärten besuchen, während die Kinder der Menschen im Donbass in Kellern verrotten würden. Wie wollen die Europäer diese Menschen wieder unter die Herrschaft des Regimes bringen, wenn sie die Wiederherstellung der Grenzen von 1991 fordern? Einfach, um das Gebiet den Nazis zu übergeben? Oder wollen sie diese Menschen dafür bestrafen, dass sie ihre Freiheit, ihre Kultur und ihre Zugehörigkeit zur russischen Welt bewahren wollten?

Ich habe darüber wiederholt gesprochen. Die Realitäten „vor Ort“, die US-Präsident D. Trump und sein Team nach unserem Urteil anerkennen und weiterhin anerkennen – so war es auch in Alaska –, hängen mit den Menschen und ihrer in Referenden geäußerten Meinung zusammen: auf der Krim, in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie selbstverständlich in Saporoschje und im Gebiet Cherson. Dass die Amerikaner in all ihren Kontakten mit uns, vor allem mit dem russischen Präsidenten W. W. Putin, von diesen Realitäten ausgehen, ruft bei uns eine positive Reaktion und die Bereitschaft hervor, die Gespräche mit ihnen fortzusetzen. Sie erkennen diese grundlegenden Dinge an und versuchen, in ihrem Umfeld hilfreich zu sein. Ich denke, das verdient Unterstützung.

Frage (aus dem Englischen übersetzt): Sie haben gerade Alaska und das Treffen in Anchorage erwähnt. Viele meinen, die Russen hätten geglaubt, mit den Amerikanern etwas vereinbart zu haben, doch dann habe sich das Gegenteil herausgestellt.

Wir wissen, dass US-Präsident D. Trump eine Verständigungsvereinbarung mit Iran unterzeichnet und sie wenige Stunden später verletzt hat. Warum vertrauen die Russen?

S. W. Lawrow: Ich möchte Klarheit schaffen und Missverständnisse vermeiden. Wir haben diese Situation wiederholt kommentiert.

Es war nicht unser Vorschlag. Es war der Vorschlag, den Herr S. Witkoff einige Tage vor Anchorage mitgebracht hatte. Der russische Präsident W. W. Putin hat diese Situation bereits kommentiert. Sinngemäß sagte er, darin habe es schwierige Punkte gegeben. Als ihm der Vorschlag in Moskau vorgelegt wurde, stimmte er nicht zu. Als er jedoch nach Alaska kam, sagte er, er habe darüber nachgedacht und sei zu dem Schluss gelangt, dass jede Vereinbarung auf die eine oder andere Weise Kompromisse enthalte; er übernehme die Verantwortung, dies anzunehmen, und sein Volk werde ihn verstehen.

Es war der unveränderte Vorschlag der USA. Natürlich enthielt er keine Einzelheiten, doch die Grundsätze einer Regelung waren darin dargelegt. Der russische Präsident W. W. Putin akzeptierte sämtliche Grundsätze ohne jede Änderung. Deshalb war ich etwas überrascht, als US-Außenminister M. Rubio im Juni dieses Jahres sagte, die Vereinigten Staaten könnten keine Vermittler sein, weil sie die Ukraine eindeutig unterstützten.

Was geschah später mit diesen Einschätzungen? Lesen Sie zur Erinnerung die Pressekonferenz der Präsidenten W. W. Putin und D. Trump in Anchorage. Dort fielen die Worte „glänzendes Ergebnis“ und Begriffe wie „Verständigung“ und „Vereinbarung“. US-Präsident D. Trump bezeichnete das Ergebnis von Anchorage als einen „glänzenden, gewaltigen Schritt nach vorn“. Er sagte sogar, im Großen und Ganzen müsse nur noch eine einzige Frage geregelt werden; es sei also ein kolossaler Durchbruch erzielt worden. Das ist sinngemäß zitiert, den genauen Wortlaut habe ich jetzt nicht auswendig parat.

Danach waren die europäischen Verbündeten der USA natürlich entsetzt, eilten nach Washington und begannen, auf die Führung der amerikanischen Administration einzuwirken.

Viele Monate vergingen. Im Juni dieses Jahres erklärte der französische Präsident E. Macron beim G7-Gipfel in Évian stolz, man habe Anchorage „beerdigt“. Amerika und D. Trump stünden nun auf ihrer Seite, und wieder seien alle gegen Russland. So lagen die Dinge.

Wir alle verfolgten die Ereignisse zwischen dem Gipfel in Anchorage, dem G7-Gipfel in Évian und dem NATO-Gipfel in Ankara, ihre Darstellung in der Presse und durch Politiker. Doch Europa verbarg sein Hauptziel nicht: Es wollte verhindern, dass die Amerikaner ihren eigenen, vom russischen Präsidenten W. W. Putin angenommenen Vorschlag unverändert in Kraft ließen. Genau das wollte Europa.

Frage: Wenn wir die amerikanischen Unterhändler betrachten, scheint es mir, dass wir es mit ernsthaften Menschen zu tun haben, die wirklich Friedensstifter sein wollen. Auch der russische Präsident W. W. Putin hat darüber gesprochen. Ich kenne J. Kushner ein wenig, hatte mit ihm aber eine sehr „intensive“ Erfahrung. Der US-Sonderermittler R. Mueller befragte ihn und mich seinerzeit getrennt zu unseren Verbindungen und dazu, wie über uns angeblich die „russische Einmischung“ erfolgt sei. Unsere Aussagen stimmten vollständig überein. Aus dieser Erfahrung weiß ich, dass man sich auf J. Kushner moralisch verlassen kann. Gerade weil wir sie für anständige Menschen halten, müssen wir meines Erachtens zugleich sehen, dass sie die USA vertreten, die, wie US-Außenminister M. Rubio sagte, die Ukraine sehr aktiv unterstützen. Wie lassen sich die Rolle der USA als Vermittler und ihre Rolle als Unterstützer der Ukraine miteinander vereinbaren?

S. W. Lawrow: Erstens habe ich bereits das Unterscheidungsmerkmal der Trump-Administration gegenüber dem übrigen Westen genannt: die Anerkennung der Realitäten sowohl im Hinblick auf die legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation – sie betrachten die NATO nicht einmal als Bestandteil eines möglichen Geschäfts – als auch hinsichtlich dessen, was die Bevölkerung will, die seit Jahrhunderten auf diesen ukrainischen Gebieten lebt und mit diesen Gebieten durch einen Zufall Teil der Ukrainischen SSR wurde. Diese Anerkennung ist viel wert. Wenn die Menschen, über die wir sprechen, derart offenkundige Dinge akzeptieren, wird deutlich, wie weit die übrigen westlichen Staaten gesunken sind, die nicht einmal das Offensichtliche anerkennen wollen.

Ich lernte J. Kushner schon während der ersten Amtszeit D. Trumps kennen, als der US-Präsident mich im Weißen Haus empfing. Wir wechselten einige Sätze. Er macht den Eindruck eines angenehmen und verlässlichen Menschen. Mit S. Witkoff habe ich während der zweiten Amtszeit Präsident D. Trumps gesprochen. Auch er möchte offenkundig Ergebnisse erzielen. Zugleich ist klar, dass sie als universell eingesetzte Unterhändler auf verschiedenen Feldern tätig sind – Iran, Palästina und der Nahe Osten insgesamt – und nicht den gesamten Komplex der russisch-amerikanischen Beziehungen betreuen.

Wie Sie richtig bemerkten, ist das US-Außenministerium ein wenig vom Prozess abgerückt, ebenso übrigens das russische Außenministerium; wir erfüllen die Aufträge, die wir vom russischen Präsidenten erhalten. An den unmittelbaren Gesprächen nehmen Personen teil, die nach unserem Verständnis dem Rang und der Stellung der beiden Unterhändler in der US-Administration entsprechen.

Parallel dazu handeln diejenigen, die alle übrigen Fragen der russisch-amerikanischen Beziehungen bearbeiten, so, wie sie es für richtig halten – unabhängig davon, ob sie am Erfolg der Verhandlungen interessiert sind oder nicht.

Kongress, Administration, Finanzministerium und andere zuständige US-Behörden verlängern beispielsweise vorbehaltlos sämtliche Sanktionen, die der damalige US-Präsident J. Biden und der damalige Kongress verhängt hatten. Wenn US-Präsident D. Trump sagt, dies sei „J. Bidens Krieg, den es niemals gegeben hätte, wäre er Präsident gewesen“, muss man berücksichtigen, was tatsächlich geschieht. Neben der Verlängerung der unter J. Biden eingeführten Sanktionen gibt es bereits neue Sanktionen der jetzigen Administration, etwa gegen Lukoil und Rosneft. US-Finanzminister S. Bessent spricht offen darüber, die Sanktionen verschärfen und die globalen Energiemärkte unter die Kontrolle der Vereinigten Staaten bringen zu müssen. All das passt nur schwer zu der Stimmung, die in den Gesprächen vermittelt wird. Aber so ist das Leben – und wie immer ist es vielschichtig.

Der Slogan MAGA – „Make America Great Again“ – und diese Ideologie sind nicht verschwunden. Das zeigt sich auch in den Beziehungen zu Russland. Das ist eine Tatsache. Die Amerikaner wollen wirtschaftlichen Nutzen ziehen. Ja, sie erkennen an, dass man Russland nicht so behandeln kann wie manche andere Staaten, wenn man wirtschaftliche Vorteile erzielen will. Was daraus wird, weiß ich noch nicht.

Frage: Wenn wir über die Europäer sprechen, stellt sich die Frage, was sie mit dem positiven Impuls tun werden, den die Gespräche in Moskau gerade gegeben haben. J. Kushner und S. Witkoff reisten nach Kiew und trafen W. Selenskyj; danach folgte eine weitere Sitzung unter Beteiligung europäischer Vertreter aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland.

S. W. Lawrow: Bei uns sagt man: das Klavier im Gebüsch.

Frage: Genau. Ich bin sicher, dass sie dieses Klavier aus dem Gebüsch holen und eine immer aktivere und feindseligere Rolle spielen wollen. Wie beurteilen Sie Europas Position? Fürchten Sie nicht, dass es ihnen wie nach Anchorage gelingen könnte, alles zu vereiteln, was wir zu erreichen versuchen?

S. W. Lawrow: Der Gipfel in Anchorage war nicht der erste Fall. Europas Rolle in den ukrainischen Angelegenheiten verdient eine eigene Untersuchung – ebenso wie seine Rolle in der Entwicklung unseres Planeten während der vergangenen fünfhundert Jahre, in denen die Europäer auf Kosten anderer lebten: Sklaverei, Kolonialismus, Ausbeutung und vieles mehr. Vergessen wir auch nicht, dass zwei Weltkriege in Europa und im Zusammenhang mit der Politik europäischer Staaten begannen.

Man kann zudem an die Napoleonischen Kriege erinnern, als der Anführer eines kriegerischen Staates ganz Europa unter seinen Fahnen sammelte, um Russland anzugreifen – so, wie es auch A. Hitler tat. Deshalb gilt Europa vielen als Ausgeburt der Hölle der Weltgeschichte. Als europäische Kolonisten auf den amerikanischen Kontinent zogen – wir erinnern zwar nicht oft daran, doch vergessen sollte man es nicht –, spielte Katharina II. übrigens eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung der Kolonisten gegen die britischen Kolonialherren.

Man darf die Wurzeln unserer Beziehungen nicht vergessen. Sie entwickelten sich in verschiedenen Epochen unterschiedlich, auch während des Kalten Krieges. Im Großen Vaterländischen Krieg und im Zweiten Weltkrieg spielte das Bündnis letztlich eine wichtige Rolle. Viele Forscher weisen darauf hin, dass Leih- und Pachtlieferungen sowie die Nordmeergeleitzüge wesentlich dazu beitrugen, dass die Sowjetunion das erste Kriegsjahr überstand. Danach gab es eine Pause, eine Phase des Abwartens. Manche Historiker deuten dieses Warten heute als Versuch unserer britischen und amerikanischen Verbündeten, abzusehen, zu wessen Gunsten sich das Kräfteverhältnis entwickeln würde. Die Eröffnung der zweiten Front war vielleicht nicht entscheidend, doch sie schuf Waffenbrüderschaft. Wer die Filmaufnahmen vom Treffen an der Elbe sieht, erkennt, wie aufrichtig dies unter jenen war, die mit der Waffe in der Hand gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten. Das war, wenn Sie so wollen, der „Geist der Elbe“. Den „Geist von Anchorage“ würde ich nicht verewigen; in Anchorage gab es keinen „Geist“, sondern Verständigung.

Doch um auf Europa zurückzukommen: Die Europäer hatten sehr viele Möglichkeiten, eine konstruktive Rolle zu spielen. Sie meinen, ohne sie könne es keine Verhandlungen geben und sie müssten am Verhandlungstisch sitzen und so weiter.

Sie saßen seit Dezember 2013 am Verhandlungstisch, als der „Maidan“ zu brodeln begann – angefacht unter anderem von einigen Europäern und Washington. Die damalige stellvertretende US-Außenministerin V. Nuland leitete persönlich die Vorbereitung der Kämpfer und verteilte „Kekse oder Kuchen“. Frankreich, Deutschland und Polen führten damals Gespräche zwischen dem damaligen ukrainischen Präsidenten W. F. Janukowytsch und der nach der Macht strebenden Opposition. Am 21. Februar 2014 wurde zwischen W. F. Janukowytsch und der Opposition eine Vereinbarung unterzeichnet, für die im Grunde die Europäische Union bürgte.

Die Vereinbarung über vorgezogene Wahlen war ein Zugeständnis W. F. Janukowytschs. Bis zu diesen Wahlen verzichtete er auf den Großteil seiner Machtbefugnisse; eine Übergangsregierung der nationalen Einheit sollte das Land führen. Am nächsten Morgen erfolgte der Staatsstreich. Die Kämpfer setzten sich über die Unterschriften Deutschlands, Frankreichs und Polens hinweg, besetzten Verwaltungsgebäude, und der Westen „schluckte“ das alles.

Der russische Präsident W. W. Putin hat in letzter Zeit oft daran erinnert. Als die Vereinbarung zur Unterzeichnung bereitlag, rief ihn der damalige US-Präsident B. Obama an. Er sagte, die Ukrainer hätten sich geeinigt; er verstehe, dass uns dort nicht alles gefalle, bitte aber darum, W. F. Janukowytsch nicht von der Unterzeichnung abzubringen. Der russische Präsident W. W. Putin antwortete, dieser sei doch ein unabhängiges, von allen anerkanntes Staatsoberhaupt; wenn er in dieser Eigenschaft etwas unterzeichne, wie könne er ihn daran hindern?

Die Unterzeichnung erfolgte am 21. Februar 2014, schon am 22. Februar kam der Staatsstreich. Bereits am Nachmittag des 22. Februar begannen sämtliche westlichen Vertreter – aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien – die Nachricht zu kommentieren, W. F. Janukowytsch sei angeblich geflohen und nicht mehr in Kiew. Dabei befand er sich in Charkiw auf einem Parteitag seiner Partei. Franzosen, Deutsche und Briten schrieben, „das Volk habe endlich die richtige Wahl getroffen“. Die Tinte unter dem von den Europäern garantierten Dokument war noch nicht einmal trocken.

Eine zweite Chance bot sich ihnen im Februar 2015, als nach dem Verhandlungsmarathon in Minsk entsprechende Vereinbarungen erzielt wurden. Auch darunter standen die Unterschriften der damaligen Bundeskanzlerin A. Merkel und des französischen Präsidenten F. Hollande neben denen des russischen Präsidenten W. W. Putin und des damaligen ukrainischen Präsidenten P. A. Poroschenko.

Vor einigen Jahren erklärten A. Merkel im Ruhestand, der ebenfalls ausgeschiedene F. Hollande und P. A. Poroschenko – alle drei nicht etwa reumütig, sondern voller Stolz –, sie hätten nichts davon umsetzen wollen. Sie hätten unbedingt Zeit „kaufen“ müssen, um die Ukraine mit Waffen „vollzupumpen“. Das war eine weitere Chance der Europäer.

Die dritte europäische Chance – es gab weitere Episoden, doch ich nenne die deutlichste – bot sich im April 2022. Die russischen Unterhändler in Istanbul nahmen, ebenso wie Präsident W. W. Putin in Anchorage, das an, was ihnen vorgeschlagen worden war: in Anchorage von den Amerikanern, in Istanbul von den Ukrainern. Sie akzeptierten die Grundsätze, auf denen ein umfassender Friedensvertrag aufgebaut werden konnte. Alles wurde paraphiert. Der russische Präsident W. W. Putin hat das mehrfach sogar vor Fernsehkameras gezeigt, wenn er mit Gesprächspartnern darüber sprach.

Der damalige britische Premierminister B. Johnson behauptete, er habe niemandem etwas verboten, sondern nur gesagt, wenn die Ukrainer kämpfen wollten, würden die Briten an ihrer Seite stehen. Das ist eine Lüge. Wir wissen, was er sagte. D. G. Arachamija, der bis heute die Fraktion „Diener des Volkes“ in der Werchowna Rada führt, räumte ein, dass es anders war. B. Johnson forderte die Ukrainer auf, nichts zu unterzeichnen.

Danach hatten die Europäer weitere Chancen, eine ebenso vernünftige und verantwortungsvolle Haltung einzunehmen wie die Trump-Administration: die tatsächlichen Gegebenheiten und die Lage „vor Ort“ zu betrachten, einschließlich der Menschen, die dort leben, und ihrer Meinung. Stattdessen klettern sie immer höher „auf den Zaun“, von dem sie nur schwer herunterkommen werden. Sie erklären jedes Mal aufs Neue, Russland müsse eine „strategische Niederlage“ erleiden.

Erst vor wenigen Tagen sagte entweder die EU-Außenbeauftragte K. Kallas oder einer der anderen „sprechenden Köpfe“ der Europäischen Union, man müsse noch etwas drauflegen – nur noch ein wenig, dann werde „die Ukraine alle besiegen“. Sie würden niemals irgendetwas anerkennen, das die territoriale Integrität der Ukraine verletze.

Und warum all das? Weil die Ukraine, wie sie erklären, europäische Werte verteidige.

Das ist ein Geständnis und eine Selbstentlarvung. Wenn es so ist – und sie sagen das seit Jahren –, verstehen sie unter „europäischen Werten“ die offene Erscheinungsform echten Nationalsozialismus, rassische, nationale und religiöse Diskriminierung, entgegen der UN-Charta, nach der alle Menschenrechte unabhängig von Geschlecht, Rasse, Sprache und Religion achten müssen.

Die russische Sprache ist verboten. In Israel sind weder Arabisch noch Persisch verboten. In Iran ist Hebräisch nicht verboten; dort gibt es Synagogen und eine eigene jüdische Gemeinde. Die Ukraine ist das einzige Land, das nicht bloß irgendeine Sprache, sondern eine Amtssprache der Vereinten Nationen verboten hat. Wegen ihrer Verwendung wird Menschen die Bedienung in Geschäften verweigert; alle russischen Klassen in den Schulen und die russischsprachigen Medien, darunter solche im Besitz von Ukrainern, wurden geschlossen; die kanonische orthodoxe Kirche wurde gesetzlich verboten. Und das sollen „europäische Werte“ sein.

Zu den „europäischen Werten“ gehören offenbar auch die Bilder, die wir täglich im Fernsehen und in sozialen Netzwerken sehen: Rekrutierungszentren „verfrachten“ Bürger in Busse, indem sie sie wie Vieh auf der Straße einfangen und hineinstopfen. Zehn kräftige Männer packen einen jungen Mann, zerren ihn fort, stecken ihn in eine Uniform, geben ihm ein Gewehr und treten ihn an die Front. Auch das sind demnach „europäische Werte“.

Wenn Europa also sagt: „Nein, wir müssen ...“ – Freunde, ihr hattet so viele Chancen und habt sie alle vertan. Damit man euch jetzt überhaupt wieder etwas anvertrauen kann, müsst ihr euch sehr anstrengen und erklären, was ihr diesmal vorhabt. Das wird schwierig.

Frage (aus dem Englischen übersetzt): Herr Minister, für jeden neutralen Beobachter, sogar für viele Menschen im Westen, ist völlig offensichtlich, dass Russland im Zuge der militärischen Spezialoperation militärisch siegen wird, und zwar ziemlich bald. Was meinen Sie: Welchen Plan gibt es? Was wird mit der Ukraine geschehen, nachdem Russland den militärischen Sieger errungen hat?

S. W. Lawrow: Herr A. Napolitano, das ist im Grunde die Fortsetzung meiner Antwort auf die vorherige Frage. Neben denen, die in rasender Weise – ein anderes Wort finde ich nicht – die Rückkehr zu den Grenzen von 1991 fordern, um Menschen russischer Kultur, die seit Jahrhunderten dort leben, wieder einem wirklichen Konzentrationslager auszuliefern, gibt es eine Gruppe, bei der wir gelegentlich Anzeichen von Realismus beobachten. Einige, darunter der finnische Präsident und die italienische Ministerpräsidentin, sprechen inzwischen von einer dringenden Waffenruhe. Dahinter verbirgt sich ebenfalls der Wunsch, Zeit zu gewinnen – das versteht jeder. Auch W. Selenskyj macht daraus kein Geheimnis. Er sagt: „Wir brauchen dringend Raketen für die Patriot-Systeme und weitere Luftverteidigungsmittel; wir müssen unseren Staat bewahren“, und so weiter.

Alle, die einen Stopp fordern, erklären mehrheitlich, auch danach nichts von dem anzuerkennen, was Russland derzeit kontrolliert. Andere sagen, die Lage müsse sofort eingefroren werden; dem verbleibenden Teil der Ukraine müssten unverzüglich Garantien gegeben werden, die Artikel 5 des Washingtoner Vertrags entsprechen, und auf dem weiter von Kiew kontrollierten Gebiet seien internationale Stabilisierungskräfte zu stationieren.

Wir haben darauf bereits reagiert: Jeder Mensch in Uniform und jede militärische Einrichtung wären für uns ein legitimes Ziel. Eine Variante, die faktisch eine NATO-Mitgliedschaft reproduziert, ohne sie rechtlich zu vollziehen, kommt nicht infrage.

Das Wichtigste ist jedoch: Sowohl jene, die ausschließlich die „Grenzen von 1991“ akzeptieren und ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen fordern, als auch jene, die deren Ende mit einer andgedeuteten Anerkennung dessen verlangen, was im Südosten der Ukraine tatsächlich geschah, nachdem wir als Reaktion auf den vom Kiewer Regime gegen uns entfesselten Krieg die militärische Spezialoperation begannen – beide Seiten sprechen davon, das gegenwärtig in Kiew herrschende Regime zu erhalten. Damit blieben all seine bereits genannten Merkmale bestehen: Nationalsozialismus, aggressive Russophobie und die Verletzung der Menschenrechte, des Rechts auf Sprache und auf freie Religionswahl. All diese „europäischen Werte“ würden nach dem einen oder anderen Ende der militärischen Phase verfestigt.

Wahlen haben sie kurz angesprochen; jetzt sagen alle wieder, sie seien nicht nötig. Ein amerikanischer Einwand gegen Wahlen wäre besonders seltsam – dort heißt es alle zwei Jahre: Wahlen müssen stattfinden. Auch hierin zeigen die Amerikaner Realismus.

Europa hingegen will ein offen russophobes, aggressives neonazistisches Regime bewahren. Das ist der europäische Plan. Ich sehe nicht, wie das russische Volk einen solchen Ausgang hinnehmen könnte.

Frage (aus dem Englischen übersetzt): Wie lässt sich gewährleisten, dass sich die Russen sicher sein können, dass sich dies in 25 Jahren nicht wiederholt, dass die Menschen im Westen der Ukraine nicht die NATO zu sich rufen, sondern ihr Widerstand leisten können?

S. W. Lawrow: Alle sprechen davon, Russland brauche eine „Pufferzone“. Dann soll die Ukraine diese Pufferzone sein.

Wir haben wiederholt – der Präsident Russlands und auch Ihr ergebener Diener – daran erinnert, wie die heutige Ukraine entstand. Auf Beschluss der sowjetischen Führung wurden der Sowjetunion westliche Gebiete angegliedert, auf denen seit Jahrhunderten stark nationalistisch eingestellte Angehörige verschiedener europäischer Nationalitäten lebten. Um ihren Radikalismus etwas zu dämpfen, beschloss man, ihn gewissermaßen „zu verdünnen“, indem man diesen neuen westlichen Gebieten alte russische Territorien anschloss. Das Ganze nannte man Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik. Sie existiert nicht mehr.

Dieses recht künstliche Gebilde, das als Staat erst wenige Jahrzehnte alt ist, existierte im Rahmen eines einheitlichen Staates, der die Rechte aller in der Sowjetunion lebenden Völker und seine eigene Sicherheit gewährleistete. Als diese Verbindung von Igel und zitternder Hirschkuh unabhängig wurde und nach dem Zerfall der Sowjetunion die grundlegenden zivilisatorischen Widersprüche zwischen den „Westukrainern“ und den Russen im Südosten rasch hervorbrachen, wurde dies zu einem echten Reizfaktor.

Europa nährte diese Widersprüche von Anfang an. Ich erinnere mich gut an den „Maidan“ von 2004, als Amerikaner und Europäer das Ergebnis des zweiten Durchgangs der Präsidentschaftswahl nicht anerkannten und das ukrainische Verfassungsgericht zwangen – das wird Sie interessieren –, einen dritten Wahlgang anzuordnen, obwohl die Verfassung ihn nicht vorsah. Man führte ihn durch und wählte den Gewünschten. Schon vor der Abstimmung kamen aus der EU öffentliche Forderungen: „Die Ukrainer müssen sich entscheiden, mit wem sie sind: mit Russland oder mit dem Westen.“ Dieses „Entweder-oder“, diese Gegenüberstellung europäischer Werte und all jener, die nicht mit Russland brechen wollen, lebt dort seit Langem fort.

Wir haben bereits vieles erörtert, doch es ist eine Tatsache, dass die Ukraine, die wir als legitime Erscheinung der Weltpolitik anerkannten, nicht mehr existiert. Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik gibt es nicht mehr. Wir erkannten die Unabhängigkeit der heutigen Ukraine auf Grundlage der 1990 von der Werchowyna Rada verabschiedeten Unabhängigkeitserklärung an. Darin verpflichtete sich der ukrainische Staat, atomwaffenfrei, neutral und blockfrei zu sein.

Heute werden alle drei Versprechen ignoriert. W. Selenskyj sagte schon Anfang 2022 öffentlich, es sei ein Fehler gewesen, auf Atomwaffen zu verzichten. Viele Politiker deuteten ernsthaft an, man könne die noch aus sowjetischer Zeit vorhandenen Kenntnisse und Technologien nutzen, um zu diesem Status zurückzukehren. Über die NATO möchte ich gar nicht mehr sprechen. Sie alle erklären, die Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Union werde ihre Sicherheit garantieren. Inzwischen ist die EU ebenso ein Militärblock wie die NATO. Sämtliche Merkmale, die zu Grundlagen des ukrainischen Staates erklärt worden waren und uns seine Anerkennung als unabhängiges Völkerrechtssubjekt ermöglichten, sind verloren gegangen.

Frage: Wenn wir betrachten, was Europa sagt und tut, entsteht ein seltsamer Eindruck. Einerseits heißt es, Russland werde keine Eskalation wagen, keine Atomwaffen einsetzen und sich davor fürchten, Vergeltungsschläge auf europäisches Gebiet zu führen. Andererseits bereitet man sich wie wahnsinnig auf 2029 oder 2030 vor, wenn Russland angeblich wahrscheinlich „angreifen“ werde. Europa militarisiert sich sehr schnell. Es geht nicht nur um milliardenschwere oder gar billionenschwere Rüstungsprogramme; es entsteht der Eindruck, dass diese Militarisierung ungeachtet eines Friedensschlusses in der Ukraine fortgesetzt wird. Haben sie wirklich solche Angst vor uns? Oder bauen sie unter dem Vorwand der „russischen Bedrohung“ ihren militärisch-industriellen Komplex aus und bereiten einen großangelegten Angriff auf Russland vor?

S. W. Lawrow: Ich denke, die militaristischen Kreise verfolgen einfach ihre eigenen Interessen. Während sich die Probleme häufen, verschärfen und vertiefen, werden Mittel zugunsten des Militärs umverteilt: Da ist die NATO-Verpflichtung, fünf Prozent des BIP zu erreichen, und die Forderung politischer Parteien an ihre Parlamente, der Ukraine für das kommende Jahr unverzüglich weitere 90 Milliarden Euro zu geben.

Der militärisch-industrielle Komplex ist begeistert. Er erzielt riesige Gewinne. Bundeskanzler F. Merz erklärt sogar öffentlich: „Ja, ich verstehe, dass sich die Lage unserer Bevölkerung erheblich verschlechtert, aber wir müssen es tun – wegen der Ukraine, wegen der europäischen Werte.“

Und wie reagierten sie auf das Wahlergebnis in Sachsen, wo die „Alternative für Deutschland“ einen überwältigenden Sieg errang? Man versucht, ihr die Wiederbelebung des Nationalsozialismus vorzuwerfen, obwohl diese Partei – selbstverständlich ist sie nationalistisch, daran besteht kein Zweifel – lediglich einen normalen Dialog mit allen befürwortet.

Besorgniserregend ist auch die Militarisierung der Arktis. Kürzlich hielten die Vereinigten Staaten, Norweger und weitere Beteiligte dort eine Übung ab, deren Szenario offen einen Krieg mit der Russischen Föderation voraussetzte. Was steckt dahinter? Ich glaube nicht, dass sie Russland unter dem Gerede angreifen werden, wir bereiteten eine Aggression gegen Europa vor. Das ist geradezu lächerlich. Einerseits behaupten sie, Russland verliere, weshalb die Ukraine mit immer mehr Unterstützung siegen werde. Andererseits bereite dasselbe, in ihren Augen „unterlegene“ Russland einen Angriff auf Europa vor. Ein ernsthafter Politiker kann solchen Unsinn nicht äußern. Präsident W. W. Putin sagte mehrfach: „Wir werden niemanden angreifen. Das ist Unsinn, Idiotie, das völlige Fehlen staatspolitischen Denkens.“

Wenn diese Reden jedoch bedeuten, dass ihr euren eigenen Angriff vorbereitet, versichere ich euch: Der Krieg wird völlig anders und sehr kurz sein.“ Ich rate, sich diese Worte zu merken.

Es gibt noch eine andere Möglichkeit: die Wiederholung eines Auslösers wie vor dem Ersten Weltkrieg, sinngemäß ein Erzherzog Ferdinand in Sarajevo. Könnten sie angesichts der europäischen Neigung zu Intrigen und Abenteuern und ihrer Verschlagenheit etwas Ähnliches arrangieren? Oder einen Reichstagsbrand? Ich schließe nichts aus – ähnlich dem, was sie sich jetzt mit der Drohne in Leipzig ausgedacht und ohne einen einzigen Beweis zur weltweiten Hysterie aufgebauscht haben.

Ebenso erhielten wir nie eine Antwort auf unsere wiederholt gestellte Frage zu Butscha, wo im April 2022 plötzlich wie aus dem Nichts Dutzende Leichen auftauchten, ordentlich entlang der Straße ausgelegt. Bis heute können weder der UN-Generalsekretär noch der UN-Hochkommissar für Menschenrechte noch unsere westlichen Gesprächspartner einschließlich der Amerikaner die Frage beantworten, ob sie ihre Möglichkeiten nutzen und die Namen jener Menschen ermitteln können, deren Leichen eine „sehr rechtzeitig“ eingetroffene BBC-Crew zeigte. Niemand antwortet uns.

Uns wird gesagt, die Angehörigen wollten nicht recht. Doch von ihnen hört man nichts. Es kommt nicht vor, dass Dutzende Menschen massenhaft getötet und Kriegsverbrechen begangen werden, ohne dass irgendeine Angehörigeninitiative hervortritt. Hier herrscht völlige Stille. Deshalb schließe ich eine Provokation nicht aus.

Frage: Betrachtet man die Regierungen der europäischen Staaten, scheinen sie sich stark von den Ergebnissen der Meinungsumfragen zu unterscheiden. Die öffentliche Meinung in Europa wirkt wesentlich friedfertiger als die europäischen, globalistischen Eliten. Kann man sich mit diesen Eliten überhaupt einigen? Sie sagten kürzlich, in diesem Konflikt spiele zumindest gegenwärtig nicht die Diplomatie, sondern unser erzwungener Einsatz von Gewalt die entscheidende Rolle. Können wir eine Lage fortsetzen, in der die Ukrainer unser Gebiet mit Raketen und Drohnen beschießen, die entweder vom Westen geliefert oder mit seiner Hilfe hergestellt und von ihm gelenkt werden, während wir ausschließlich Ziele in der Ukraine angreifen? Wie lange kann das so weitergehen, und können wir ohne Schläge gegen Europa auskommen?

S. W. Lawrow: Gäste Ihrer Sendung haben dieses Thema – Kampfhandlungen und Diplomatie – bereits kommentiert. Ich sehe keinen Grund, weshalb beides nicht parallel und gleichzeitig stattfinden könnte; dafür gibt es historische Beispiele.

Im April 2022 wurden wir getäuscht. Wir waren bereit, die ukrainischen Vorschläge anzunehmen, hatten sie paraphiert und warteten auf den Beginn der Ausarbeitung eines umfassenden Vertrags. Der französische Präsident E. Macron rief Präsident W. W. Putin an und bat ihn um eine Geste des guten Willens, um die Atmosphäre vor der Unterzeichnung zu verbessern: die Truppen zurückzuziehen und eine Pause einzulegen. Nachdem sich der Betrug gezeigt hatte, sagte Präsident W. W. Putin, wir blieben zu Verhandlungen bereit, würden aber währenddessen die Erfüllung unserer Aufgaben mit militärischen Mitteln nicht einstellen. Diese Linie gilt weiterhin. Wir schlugen zu Ostern und zum Tag des Sieges zwei- oder dreitägige Waffenruhen vor. Auf Wunsch der amerikanischen Seite wurde nun eine dreitägige Waffenruhe erklärt; wir setzten keine Gewalt ein, damit die amerikanischen Unterhändler nach Kiew reisen konnten.

Unsere Antwort auf terroristische Anschläge gegen zivile Objekte tief im Inneren Russlands hat jedoch ebenfalls längst begonnen und ist für die Ukrainer erheblich schmerzhafter. Das sagen sie selbst. Auch dies erklärt die Dringlichkeit, mit der der Westen jetzt eine Waffenruhe fordert. Wir werden Gespräche aber nicht ablehnen, wenn wir wissen, dass ihre Initiatoren das Problem lösen wollen und uns kein Ultimatum stellen.

Die amerikanischen Unterhändler S. Witkoff und J. Kushner befassen sich mit dem Problem und verlangen nichts, was erstens ungerecht und zweitens unmöglich ist. Europa tut genau Letzteres.

Frage (aus dem Englischen übersetzt): Sie warnten kürzlich, die deutsche Führung spreche von einem neuen Krieg. Warum sagten Sie das?

S. W. Lawrow: Erstens, weil Bundeskanzler F. Merz keine Gelegenheit auslässt, in jeder Rede zu sagen, er sei weiterhin überzeugt – und von Tag zu Tag mehr –, dass Russland die größte Bedrohung für Europa sei und man zum Krieg gegen diese Bedrohung bereit sein müsse. Deutschland müsse – ich werde nicht müde, ihn zu zitieren – erneut zur führenden Militärmacht des Kontinents werden. Ebenso sah Deutschland sich vor dem Ersten und später vor dem Zweiten Weltkrieg als führende Militärmacht.

Das ist kein „Freudscher Versprecher“. Sie denken tatsächlich so, ehren weiterhin ihre Vorfahren, die dem Nationalsozialismus treu dienten und an Kriegsverbrechen beteiligt waren, und halten deren Handeln für richtig. Nicht umsonst unterstützen sie W. Selenskyj so sehr. Er lässt derzeit die sterblichen Überreste ukrainischer Naziverbrecher, die für ihre vom Nürnberger Tribunal als vollkommen rechtswidrig verurteilten Taten auf ewig verdammt wurden, aus europäischen Gräbern in Österreich, Rumänien und anderswo ausheben. Er bestattet sie am heiligsten Ort Kiews, im Kiewer Höhlenkloster, neu und hat dort eine „Zitadelle der Helden“ für S. Bandera und andere Verbrecher ausgerufen, die sich selbst und ihre Zugehörigkeit zum ukrainischen Volk für immer befleckten. Für ihn sind sie Helden; er kniet vor den Särgen mit ihren aus Europa gebrachten Überresten. Europa hilft bereitwillig, solche „Pantheons“ zu errichten, statt dieser Person zu erklären, was sie tut und wie sich das mit europäischen Werten verträgt.

Deshalb schließe ich nicht aus, dass Menschen wie Bundeskanzler F. Merz erneut versuchen könnten, die Taten ihrer Vorfahren zu wiederholen.

Frage: Ich möchte Sie zu dem russischen Schiff fragen, das Norwegen meines Wissens unter grober Verletzung des Völkerrechts beschlagnahmt hat. Es gab keinen Vorwurf, das Schiff habe irgendeine verwerfliche Tätigkeit ausgeübt; vielmehr entschied ein norwegisches Gericht lediglich, den Forderungen des ukrainischen Unternehmens Naftogaz stattzugeben. Die Ansprüche richten sich nicht gegen dieses konkrete Schiff, sondern allgemein gegen Russland.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, M. W. Sacharowa, nannte dies Piraterie. Das scheint mir genau richtig. Was werden wir dagegen unternehmen, Herr Minister? Natürlich tut es mir um das Schiff und noch mehr um seine Besatzung leid. Mich beunruhigt aber, dass sich die westliche, europäische Aggression gegen Russland immer weiter ausdehnt. Jedes Mal, wenn wir nicht entschieden antworten, wächst dort das Gefühl der Straflosigkeit. Präsident W. W. Putin sagte, nötigenfalls seien wir bereit, ihnen die Zähne auszuschlagen. Sind wir dazu bereit? Wenn ja, wie?

S. W. Lawrow: Selbstverständlich hat Präsident W. W. Putin das gesagt. Es ist keine bloße Redewendung, sondern eine klare Position.

Das Schiff hat mit nichts anderem zu tun als mit wissenschaftlicher und touristischer Tätigkeit auf Spitzbergen, vollständig im Einklang mit dem Spitzbergenvertrag von 1920. Die ganze Geschichte ist vor allem eine Schande für die norwegische Justiz, aber auch für den norwegischen Staat.

Naftogaz erklärte zunächst vor ukrainischen und später vor anderen Gerichten, niemand dürfe das Ergebnis des Referendums auf der Krim anerkennen. Die Krim sei ukrainisch, daher sei alles, was Russland getan habe, rechtswidrig. Das Unternehmen habe angeblich bestimmte Geldmittel, Ausrüstung und Investitionen verloren. Deshalb solle die geschätzte Weltgemeinschaft irgendwo irgendetwas rauben, was nicht fest genug liege, und es als Entschädigung für die Folgen des Willensentscheids der Krimbewohner übergeben – eines Entscheids als Antwort auf den Staatsstreich und darauf, dass man bewaffnete Kämpfer gegen die Krimbewohner schickte und diese zu Terroristen erklärte.

Das ist eine Schande für Norwegen. Ich möchte nicht ins Detail gehen, aber norwegische Amtsträger und aktive Politiker verstehen, dass es eine Schande ist. Sie sprechen mit uns und wissen nicht, was sie tun sollen.

Diese Tendenzen sind sehr gefährlich, angefangen bei den Versuchen, Schiffe der „Schattenflotte“ zu beschlagnahmen. Wie gehen sie dabei vor? Sie kapern einen Tanker, der im Interesse Russlands Öl unter der Flagge etwa eines afrikanischen Staates transportiert – wir wollen mit dem Finger auf niemanden zeigen –, und erklären anschließend, die Flagge sei falsch.

Tatsächlich geschieht Folgendes: Sobald sie den Tanker festgesetzt haben, geht ihr Botschafter in dem Staat, dessen Flagge das Schiff führt, zum Außenministerium oder zur Präsidialverwaltung und sagt sinngemäß: Wir haben ein Hilfsprogramm für Sie; wir stellen es ein, wenn Sie nicht noch heute, unverzüglich, diese Flagge zurückziehen und für falsch erklären.

So sieht die Justiz aus, deren sich der Westen bedient. Ich kann und darf nicht ins Detail gehen. Präsident W. W. Putin hat alles gesagt. Auf eine Frage zu britischen Provokationen antwortete er ebenso, dies sei ein Militärgeheimnis.

Frage: Uns bleiben nur wenige Minuten. Ich möchte Sie zu den Äußerungen in Washington befragen. Besteht eine reale Chance auf ein Treffen der drei Präsidenten im November dieses Jahres in China – des russischen Präsidenten W. W. Putin, des Präsidenten der Vereinigten Staaten D. Trump und Herrn Xi Jinping? Ist das ein amerikanischer Wunsch oder könnte es wirklich dazu kommen?

S. W. Lawrow: Das ist weder ein amerikanischer noch ein chinesischer oder russischer Wunsch. Es ist, wenn Sie so wollen, politische Erfahrung.

Wenn sich die Führer der drei größten Weltmächte – vor allem wirtschaftlich im Fall Chinas und militärisch im Fall Russlands und der Vereinigten Staaten – zur selben Zeit am selben Ort befinden, ist ein Politologe nichts wert, der nicht eins und eins zusammenzählt. So sehe ich es.

Ich zweifle nicht daran, dass Präsident W. W. Putin eine solche Gelegenheit nicht ausschlagen würde, sollte sie angeboten werden. Das Treffen wird in Shenzhen stattfinden; unsere chinesischen Gastgeber werden das Programm organisieren. Wenn es ein entsprechendes Angebot zulässt und ein solches ergeht, bin ich sogar mehr als überzeugt, dass unser Präsident die Gelegenheit wahrnehmen wird.

Frage (aus dem Englischen übersetzt): Wir haben Zeit für eine kurze Frage. Wie lange wird die militärische Spezialoperation Ihrer Meinung nach noch dauern?

S. W. Lawrow: Präsident W. W. Putin beantwortete diese Frage kürzlich. Er sagte, der Krieg sei eine wenig dankbare Sache für Prognosen. Dass wir uns bewegen und jeden Tag weiter vorrücken, sei jedoch eine Tatsache.

Viel wird davon abhängen, wie vernünftig die Ratschläge sind, die die Herren des ukrainischen Regimes ihm geben. Bislang haben wir keine brauchbaren Ratschläge gehört, sondern nur Appelle und Forderungen, immer mehr Ukrainer in diesen Ofen zu werfen: friedliche Bürger auf den Straßen festzunehmen, sie in Fahrzeuge zu stopfen, an die Front zu bringen und dort dem Tod auszuliefern. Hinzu kommen viele andere Handlungen, zu denen man die Ukraine drängt, darunter das Hinnehmen des elenden, geradezu katastrophalen Zustands dessen, was früher Wirtschaft hieß.

Frage: Herr Minister, vielen Dank für dieses Gespräch. Für uns ist es immer sehr interessant und nützlich. Sie stehen nun an der Spitze der Liste der Partei „Einiges Russland“. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei den Wahlen. Alle antretenden Parteien haben selbstverständlich ein Recht auf ihren Erfolg, doch ich denke, „Einiges Russland“ und Ihre Rolle in diesem Prozess werden besonders nützlich sein. Vielen Dank.

S. W. Lawrow: Danke für die freundlichen Worte.

Version 17.9.2026

[Adresse](#) dieser Seite

[Home](#)

[Joachim Gruber](#)